Das Maß ist voll!

Die Einmischung der Politik in das ärztliche Handeln ist unerträglich. Die Attraktivität des Arztberufes sinkt im Takt der gesetzgeberischen Maßnahmen! Unsinnige Regelungen und Vorschriften boykottieren unsere Arbeit. Populistische Gesetze, Unsinn und Kontrollwahn bestimmen die aktuelle Gesundheitspolitik. Minister Spahn plant weitere einschneidende Verschlechterungen des ärztlichen Alltages und der Selbstverwaltung:

- Staatliche Steuerung der Sprechstundenzeiten und -struktur,
- Weiterer Zwang zur Errichtung und Ausbau von Terminservicestellen suggeriert Unterversorgung bei 30 % höherer Inanspruchnahme der Ärzte als im europäischen Durchschnitt,
- **Praxisfremde** Regelungen zum **Datenschutz** lähmen den ärztlichen Alltag,
- Telematik-Infrastruktur verschlingt Mrd. € von Versichertengeldern ohne Nutzen für die Patientenversorgung,
- Chronisch Kranke werden durch eine "Neupatientenregelung" benachteiligt,
- Zwang zu Errichtung von KV-Praxen schafft Konkurrenz zu den eigenen Kollegen!!
- Staatliche Planung und Lenkung im Zulassungsausschuss hebelt die bestehende Selbstverwaltung aus.
- Praxisbürokratie wird durch das neue Gesetz von Herrn Spahn weiter aufgebläht.

Kollegen, wir müssen uns jetzt dagegen wehren! Unterstützen Sie unsere Kampagne an die Politik, um diesen Unsinn zu stoppen und faxen Sie unsere umseitigen Forderungen an den Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages.

Dipl.-Med. Torsten Lange

Hausarzt Kardiologe

Dr/Karsten Bunge

Dr. Andreas Kauffold

Chirura

An den Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages

Fax-Nr.: 030-227 36724

Unsere Forderungen als Ärzte:

- Wir brauchen mehr Zeit für unsere Patienten statt mehr Bürokratie in Form von unnötigen Kontrollformularen und Berichtspflichten.
- Wir brauchen Einbeziehung ärztlicher Kompetenzen in gesundheitspolitische Entscheidungen.
- Wir brauchen endlich eine vernünftige Patientensteuerung ähnlich wie in anderen demokratischen Ländern.
- Der Ärzteberuf darf keine Ware werden, schon gar nicht in Händen von Kapitalgesellschaften.
- Wir sind keine Erfüllungsgehilfen für Fehlentscheidungen, die Praxen belasten, wie z.B. die Telematik-Infrastruktur.
- Die ärztliche Selbstverwaltung muss als solche erhalten bleiben.
- Regionale Besonderheiten benötigen lokale Lösungen statt zentraler Vorgaben.